

Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß EU Datenschutz-Grundverordnung (EU DSGVO) (Stand 12.07.2018)

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Sie oder Kontaktpersonen¹ von Ihnen haben sich an das Gesundheitsamt gewandt. Dabei erheben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ihnen bzw. über Sie Daten und speichern diese, wie z.B. in einer Arztpraxis.

Im Folgenden erhalten Sie deshalb Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten im Gesundheitsamt gemäß der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Name und Anschrift der Verantwortlichen Stelle im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, 14160 Berlin

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten (DSB) als Verantwortlicher

Herr Haberecht, Tel. (030) 90299-7220, E-Mail: datenschutz@ba-sz.berlin.de

Postanschrift: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, 14160 Berlin

Dienstsitz: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin

Art und Umfang der Datenverarbeitung

Die Dokumentation und Speicherung von personenbezogenen Daten (Name, Anschrift, Geburtsdatum) sowie festgestellter Symptome, Diagnosen, Ihrer Schilderungen aus der Lebensgeschichte, ärztlicher Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung etc. erfolgt in Form einer Papierakte, teilweise auch elektronisch. Außerdem wird die hier eingehende Post (z.B. Anfragen, Mitteilungen oder Bescheide) archiviert.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO bildet in Verbindung mit § 3 Berliner Datenschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Die Datenerhebung ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, nach denen das Gesundheitsamt tätig wird, wie insbesondere dem Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG), den Sozialgesetzbüchern SGB I, SGB II, SGB V, SGB IX, SGB X, SGB XI und SGB XII, dem Betreuungsrecht im BGB, insb. §§ 1896 ff dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Berliner Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG).

Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren. Dies ergibt sich aus der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO I §§ 55–63), aus § 630 f. BGB sowie aus § 10 der Berufsordnung für Ärzte.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und werden nur mit Ihrer Zustimmung bzw. zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages an Dritte (z.B. an Ihren behandelnden Arzt oder das Sozialamt) weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (z.B. nach dem PsychKG) und wenn ein gesetzlicher Notstand gemäß § 34 Strafgesetzbuch (StGB) vorliegt oder Straftaten nach § 138 StGB verhindert werden sollen, dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden.

¹ Kontaktpersonen können unter anderem sein: Angehörige, Freunde, gesetzliche Betreuer, Personen aus Ihrem Wohn- und Betreuungsumfeld, Vermieter, Mitarbeiter/-Innen von: Arztpraxen, Kliniken, Polizei, Gerichten und Behörden (z.B. Sozialamt, Träger der Eingliederungshilfe, JobCenter)

Zweck der Datenverarbeitung

Die erhobenen Daten sind für die Organisation der Beratungsstellen, für die fachgerechte Beratung und Erstellung von Stellungnahmen sowie für anonymisierte Statistiken der Gesundheitsberichterstattung erforderlich und dienen damit Ihrer Versorgung im Gesundheits- oder Sozialbereich (Art. 9, Abs. 2, Buchstabe h der DSGVO).

Dauer der Speicherung

Die hier erhobenen Daten und Papierakten werden entsprechend den o.g. rechtlichen Regelungen auf der Grundlage von § 10 der ärztlichen Berufsordnung nach letztem Kontakt im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes und im Bereich der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung, Krebs- und AIDS-Kranke 10 Jahre aufbewahrt und anschließend gelöscht bzw. vernichtet. Im Falle von Unterbringungsmaßnahmen nach dem PsychKG beträgt die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist 30 Jahre.

Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet und sind Sie damit Betroffener i.S.d. DSGVO so haben Sie gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten (Akteneinsicht), die Empfänger, gegenüber denen Daten offengelegt wurden und über die Herkunft der Daten, wenn die Rechte Dritter dem nicht entgegenstehen.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sie können die Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)

Sie haben grundsätzlich das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen; in der Regel stehen dem jedoch die o.g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen entgegen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Dieses können Sie wahrnehmen, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder deren Löschung noch ungeklärt sind.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Beschränkungen (Artikel 23 DSGVO)

Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer Personen kann es zur Beschränkung der o.g. Rechte kommen.

Benachrichtigung bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Artikel 34 DSGVO)

Kommt es zu einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und hat diese ein hohes Risiko für Ihre persönlichen Rechte und Freiheiten, so benachrichtigt der Verantwortliche Sie unverzüglich darüber.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Artikel 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt. Hierzu können Sie Kontakt aufnehmen mit der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, Tel. (030) 13889-0, Fax (030) 2155050, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de